

„Die Lage bleibt ernst.“

Forderungspapier zur Bundestagswahl 2021

7. September 2021 / „Die Lage ist ernst“ – das haben wir 2017 geschrieben, kurz vor der letzten Bundestagswahl. Heute, vier Jahre später, stellen wir fest: Die Lage bleibt ernst. Sie ist sogar ernster geworden. Denn die Anschläge von Halle und Hanau, die Radikalisierung im Zuge der Corona-Proteste und die anhaltenden Bedrohungen aus der rechten Szene zeigen, dass die Gefahren durch Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Deutschland nicht ab-, sondern zugenommen haben. Unsere Arbeit – die Stärkung der Zivilgesellschaft – ist wichtiger denn je.

Für die neue Bundesregierung bedeutet das: Sie muss umsetzen, was die aktuelle Regierung mit ihrem Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus angekündigt hat. Und sie muss anstoßen, was die aktuelle Regierung versäumt hat. Wir stellen sieben Forderungen zur Bundestagswahl:

1. Bundesweite Gesamtstrategie entwickeln

Mit seinen 89 Maßnahmen hat der Kabinettsausschuss gegen Rechtsextremismus und Rassismus einen wichtigen Schritt getan. Was aber weiterhin fehlt, ist eine Gesamtstrategie: Die neue Bundesregierung muss ein übergeordnetes Konzept entwickeln, das die Handlungs- und Förderschwerpunkte der einzelnen Ressorts beschreibt und sicherstellt, dass die Ressorts zusammenarbeiten. Teil einer solchen Strategie sollte sein, ein Bundesministerium für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu schaffen, das Demokratieförderung als Querschnittsaufgabe begreift und alle Maßnahmen bündelt.

2. Zivilgesellschaft als Bollwerk gegen Rechtsextremismus anerkennen

Eine engagierte demokratische Zivilgesellschaft ist die beste Prävention gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus: Sie kennt die Probleme vor Ort, leistet Gegenrede und stellt sich schützend vor jene, die angegriffen werden. Politische Maßnahmen gegen Rechts sind allerdings zunehmend ordnungspolitisch geprägt und setzen auf eine Täter*innen-zentrierte Präventions- und Bildungsarbeit. Die Potenziale der demokratischen Mehrheit drohen aus dem Blick zu geraten. Die neue Bundesregierung muss daher stärker auf die Zivilgesellschaft setzen. Konkret bedeutet das, Mobile Beratung als Unterstützung für die Zivilgesellschaft auszubauen und zivilgesellschaftliche Akteur*innen in alle Gesetzgebungsprozesse zu den Themen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus einzubeziehen.

3. Demokratiefördergesetz beschließen

Projekte, die sich für die Demokratie engagieren, brauchen finanzielle Sicherheit, um professionell und nachhaltig arbeiten zu können. Wir fordern daher ein Demokratiefördergesetz, das Vereinen, Initiativen und Beratungsstellen – unabhängig von politischen Konjunkturen – endlich eine langfristige Perspektive gibt. Die im Mai 2021 vorgelegten Eckpunkte der Bundesregierung sind dafür *keine* gute Grundlage. Denn sie sehen vor, die sogenannte Extremismusklausel wiedereinzuführen, die 2014 abgeschafft wurde. Unsere Kritik damals wie heute lautet: Demokratiprojekte werden durch die Klausel nicht gestärkt, sondern verunsichert und unter Generalverdacht gestellt. Für ein gutes Demokratiefördergesetz muss die neue Bundesregierung auf eine „Extremismusklausel“ verzichten und sicherstellen, dass zivilgesellschaftliche Akteur*innen am Gesetzgebungsverfahren und der Umsetzung beteiligt werden.

4. Gemeinnützigkeitsrecht ändern

Seit dem Attac-Urteil von 2019 befürchten viele gesellschaftspolitisch engagierten Vereine, ihre Gemeinnützigkeit zu verlieren. Das Jahressteuergesetz von 2020 hat zwar wichtige Neuerungen gebracht. Weiter unklar ist jedoch, ob gemeinnützige Organisationen politisch tätig sein dürfen. Die neue Bundesregierung muss hier Rechtssicherheit schaffen und weitere Reformen des Gemeinnützigkeitsrechts beschließen – als Signal für eine starke, demokratische und selbstbestimmte Zivilgesellschaft.

5. Rassismus und Antisemitismus strukturell bekämpfen

Ob in der Schule, auf dem Wohnungsmarkt oder auf der Straße: Rassismus und Antisemitismus sind allgegenwärtig. Migrant*innenorganisationen, BIPOC*, Jüdinnen und Juden sowie weitere zivilgesellschaftliche Akteur*innen fordern daher strukturelle Veränderungen, um Rassismus und Antisemitismus zu bekämpfen. Dazu gehört etwa, eine gesetzliche Definition von Rassismus einzuführen und unabhängige Beschwerdestellen in Verwaltungen und Sicherheitsbehörden einzurichten. Diesen Forderungen schließen wir uns an und haben dazu kürzlich einen [Forderungskatalog](#) der „Bundeskongferenz der Migrant*innenorganisationen“ mitgezeichnet.

6. Reformprozess in der Polizei anstoßen

Rechtsextreme Chats, Racial Profiling, „NSU 2.0“: Die Skandale um Rechtsextremismus und Rassismus bei der Polizei häufen sich und haben einen massiven Vertrauensverlust zur Folge. Die neue Bundesregierung und die Innenministerkonferenz müssen daher sicherstellen, dass sich die Behörden kritisch mit der eigenen Arbeit auseinandersetzen, und hierzu einen Reformprozess anstoßen. Ergebnis dieses Prozesses muss eine unabhängige Kontrolle polizeilichen Verhaltens sein, die zu einer besseren Fehlerkultur führt, sowie eine Sensibilisierung für Rassismus, Antisemitismus und gesellschaftliche Machtverhältnisse in der Aus- und Fortbildung.

7. Betroffene rechter „Feindeslisten“ schützen

Immer wieder werden Menschen zur Zielscheibe rechter Bedrohungen und Angriffe, weil ihre Daten auf sogenannten Feindeslisten veröffentlicht sind. Die neue Bundesregierung muss sicherstellen, dass die Betroffenen routinemäßig, verpflichtend und umfassend darüber informiert werden, dass sie auf einer „Feindesliste“ stehen. Und sie muss dafür sorgen, dass bestehende Möglichkeiten zum Schutz der Betroffenen – wie die automatische Auskunftssperre im Melderegister – konsequent und bundesweit einheitlich angewandt werden.

Zum Bundesverband Mobile Beratung:

Der Bundesverband Mobile Beratung (BMB) ist der Dachverband von 50 Mobilien Beratungsteams bundesweit, die zum Umgang mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus beraten. Wir vernetzen die Teams, organisieren Fachtagungen und stehen als Ansprechpartner*innen für Politik und Medien zur Verfügung.